

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 5 (1925-1926)
Heft: 1

Artikel: Die 26. Legislaturperiode
Autor: Nobs, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329144>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Maßnahmen vorkehren, die zur Erreichung einer wichtigen Entlöhnung nicht zu umgehen sind. Solange man jedoch an den überlieferten Formen der kapitalistischen Betriebsleitung festhält und dem Personal nur Scheinrechte einräumt, die höchstens geeignet sind, den Grad des Abhängigkeitsverhältnisses der Lohnarbeiterchaft zu mildern, solange wird die Lohnfrage in den Genossenschaften genau so eine Machtfrage bleiben wie in den kapitalistischen Betrieben. Tritt jedoch in der Genossenschaft an die Stelle der heute noch üblichen Beherrschung die volle Gleichberechtigung und tritt man einmal aus dem Gedankenkreis heraus, daß der Angestellte sich um die internen Fragen der Genossenschaftsbewegung nicht zu kümmern hat, dann wird die Arbeiterfrage in einem für die Gewerkschaft und Genossenschaften würdigen Sinne ihre Regelung erfahren.

Der Angestellte wird an dem Leben der Genossenschaft regen Anteil nehmen und alles aufbieten, seine Kräfte voll in den Dienst der Bewegung zu stellen.

Die 26. Legislaturperiode.

Von Ernst Nobs.

Die „Rote Revue“ hat vor drei Jahren zum ersten Male eine gedrängte Übersicht über die Verhandlungen des schweizerischen Nationalrates und die schweizerischen Volksabstimmungen in der 25. Legislaturperiode gebracht. Der Presse, wie dem Politiker und Agitator im besonderen kommt ein solcher sehr gedrängter Überblick um so erwünschter, als wir etwas Derartiges in unserer politischen Publizistik noch nicht besitzen. Eine chronologische Zusammenstellung der Nationalratsverhandlungen für den Zeitraum einer Wahlperiode ermöglicht in der Ausführung, wie wir sie in der September-Nummer der „Roten Revue“, Jahrgang 1922, veröffentlicht haben, nicht bloß eine rasche Orientierung über parlamentarische Daten, sondern auch über alle wichtigeren parlamentarischen Vorkommnisse und die Stellungnahme der Fraktionen, wie auch der Exekutive, bestimmter politischer Persönlichkeiten. Nicht berücksichtigt wird in dieser parlamentarischen Chronologie der Ständerat. Das ist sicher ein Mangel. Immerhin wird es besser sein, einmal wenigstens für den Nationalrat einen Abriss dreijähriger Tätigkeit zu geben als gar nichts. Für später mag diese Aufzählung nach jeder Richtung erweitert und vervollständigt werden.

Beigefügt sei noch, daß in meinem letzten Überblick über „Drei Jahre schweizerische Politik“ die noch in die vorletzte Legislaturperiode fallenden Verhandlungen vom September 1922 nicht einbezogen werden konnten, weil die Publikation schon auf den 1. September erschien. Ich hole (um eine vollständige Darstellung zu erreichen) dies heute nach. Der diesmalige Überblick über die Legislaturperiode wird infofern nicht vollständig sein, als die Verhandlungen der Septemberession 1925 ebenfalls noch nicht vorlagen und deshalb hier nicht berücksichtigt werden konnten. Ebenfalls sind absichtlich unerwähnt geblieben alle Verhandlungen über Geschäfte ohne

größere Bedeutung und die sozusagen die einhellige Zustimmung des Nationalrates gefunden haben.

Ich hoffe, mit diesem Überblick in gedrängtester Form namentlich unseren Referenten, Nationalräten und Wahlagitatoren die Arbeit etwas zu erleichtern, da er ihnen eine rasche Orientierung darüber ermöglicht, was unser schweizerische Nationalrat in den letzten drei Jahren eigentlich getan und unterlassen hat.

Volksabstimmung über die Lex Häberlin 303,794 Ja, 376,832 Nein.

September 1922

Im Nationalrat wird bekanntgegeben, daß für 120 Millionen schweizerischer Versicherungsbeträge in ausländischen (hauptsächlich deutschen) Versicherungsgesellschaften nur 24 Millionen Deckung vorhanden sind. Die Bundesorgane haben nicht pflichtgemäß und rechtzeitig für hinreichende Sicherung gesorgt. Bei der seinerzeitigen Beurteilung des Kautionsgesetzes betreffend die Versicherungsgesellschaften sind sowohl Freisinnige als Konservative gegen die Vorschrift einer hundertprozentigen Deckung in Schweizerfranken aufgetreten.

Die sozialdemokratische Fraktion bringt Beschwerden gegen bestimmte militärische Stellen vor.

Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt das Gesuch des Konkordates Schweizerischer Krankenkassen um Subventionierung ihrer hohen außerordentlichen Kosten.

Die sozialdemokratische Fraktion interpelliert über die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und protestiert gegen gewisse sich geltend machende Tendenzen, die bundesrätliche Vorlage vom Jahre 1919 rückwärts zu revidieren. Sie protestiert des weiteren gegen die im Ständerat ausgesprochene Behauptung, es seien dem Volk keine Versprechungen bezüglich der Sozialversicherung gemacht worden (November 1918).

Beim Geschäftsbericht wird von sozialdemokratischer Seite wie seit Jahren neuerdings auf die Preistreiberfunktion des eidgenössischen Veterinäramtes aufmerksam gemacht.

Sozialdemokratische Redner kritisieren die burokratische und reaktionäre Tätigkeit des Eidgenössischen Arbeitsamtes, das in einem bestimmten Fall als Lohndrücker aufgetreten ist und dessen Indexziffer von Fachleuten abgelehnt wird.

Bundesrat Schultheß stellt fest, daß in der Stickerei „Vorkriegslöhne“ bezahlt werden und noch geringere Löhne als Vorkriegslöhne. Auch wird dort nach einer Mitteilung eines Arbeitervertresters 55 und mehr Stunden gearbeitet in gewissen Betrieben.

Bei der Behandlung der Handelsübereinkunft mit Spanien wendet sich der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion gegen die in dem Abkommen zum Ausdruck gelangende Hochschutzollpolitik.

Die Staatsrechnung von 1921 weist an Gesamtfehlbeträgen seit 1914 475 Millionen auf. Die gesamte Staatsschuld beläuft sich auf 2132 Millionen Franken. Die bürgerlichen Fraktionen verlangen Personal- und Lohnabbau. Auf diese Weise und mittelst der im Jahre 1921 ohne Volksbefragung eingeführten großen Zollerhöhungen

hofft der Bundesrat, das Defizit bis 1925 zum Verschwinden zu bringen. Im Jahre 1921 sind 52 Millionen Franken Subventionen ausgeteilt worden. Davon ist nur der kleinste Teil der Arbeiterschaft zugute gekommen.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion wird Kritik geübt an der bei der Bundesanwaltschaft bestehenden Spiegelorganisation.

Bundesrat Haab erklärt bei der Abnahme der S. B. B.-Rechnung, daß ohne die Übernahme der „Industrikohle“ (teure Kriegs- und Nachkriegsvorräte der Kohlengenossenschaft) auf die S. B. B. diese ohne Defizit abschlösse. Das Defizit 1921 beträgt 72,5 Millionen.

Bei der Revision der Alkoholgesetzgebung wendet sich die sozialdemokratische Fraktion gegen die Begehrlichkeit der Herren Föderalisten, die drei Fünftel des Ertrages für die Kantone reklamieren. Mehr Erfolg hat die Fraktion mit einem Antrag, von dem der Ertrag des Alkoholmonopols 15 % (statt nur 10 %) zur Bekämpfung des Alkoholismus zu verwenden.

Unlaß zu berechtigter Kritik geben die Geldverschleuderungen, wie sie durch die Abrechnung der sogenannten zivilen Kriegsorganisationen offenbar geworden sind.

Die Uhrenindustriellen erhalten eine Bundesunterstützung von 5 Millionen, um durch vorteilhaftere Angebote den Absatz in valutaschwachen Ländern zu vergrößern.

Zur Berichterstattung über die II. Völkerbundssession postuliert die sozialdemokratische Fraktion neuerdings: Wahl der schweizerischen Völkerbundsdelegierten durch die Bundesversammlung, Mitwirkung des Parlamentes bei der Instruktion der Delegierten, frühere Berichterstattung über die Völkerbundssessionen und staatliche Förderung der Abrüstungspropaganda (nach Ziffer 10 der Völkerbundsresolution über die Abrüstung, wonach in jedem Staate „mit Überzeugung und Begeisterung eine Propaganda für die Rüstungsbeschränkung“ zu unternehmen sei).

Mit 129 gegen 40 Stimmen lehnt der Nationalrat die Vermögensabgabe-Initiative ab.

Bei Behandlung des 5 Millionen-Subventionsbeschlusses betreffend Bundeshilfe für Viehhaltung (Buchtwieh) tritt die sozialdemokratische Fraktion dafür ein, daß diese Hilfe in erster Linie den notleidenden Bauern zustatten komme.

Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Arbeitslosenunterstützung wird ein Kredit von 50 Millionen bewilligt. Die Fraktion setzt sich neuerdings ein für den Schutz der Notstandsarbeiter und der Arbeitslosen, insbesondere verlangt sie auch den Schutz der Kinder von Arbeitslosen vor Unterernährung und anderen Folgen der Arbeitslosigkeit des Ernährers.

In Unbetracht des überall schon durchgeföhrten Lohnabbaues verlangt die sozialdemokratische Fraktion Bundesmaßnahmen zur Herbeiföhrung eines Preisabbaues.

Zum Traktandum Herbst- und Winterzulage an Arbeitslose setzt sich die sozialdemokratische Fraktion ein für die weitergehenden Be-

gehren des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Diese werden abgelehnt, aber es gelingt doch, etwelche Verbesserungen durchzuführen.

Die Stickereiindustriellen erhalten 6 Millionen Bundessubvention zur Bekämpfung der Absatzkrise. Der Lohnabbauer Tschumi-Bern stellt fest, daß in der Stickereiindustrie wieder Stundenlöhne von 28—30 Rp. und Taglöhne von Fr. 2.50 bis Fr. 3.50 vorkommen.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt gegen die Gutheisung einer Abrechnung über Kriegsmobilmachungskosten im Betrage von 203 Millionen.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangt die Beseitigung gewisser vom Bundesrat erlassener „Notverordnungen“, die ganz dem Geiste der nun verworfenen Lex Häberlin entsprungen waren.

Alterspräsident Herrmann Greulich eröffnet die 26. Legislaturperiode mit einer Rede, in welcher er erklärt, daß das abgetretene Parlament das reaktionärste seit 1848 gewesen sei.

Bei der Eintretensdebatte zum Budget ist aus den Voten der bürgerlichen Redner klar zu erkennen, daß sie das Budgetgleichgewicht herstellen wollen durch Reduktion der Arbeitslosenunterstützungen, Lohnabbau am Bundespersonal, weiteren Personalabbau (in zwei Jahren sind bereits 4000 Mann abgebaut worden) und Erhöhung der indirekten Steuern, wogegen die Sozialdemokraten sich energisch zur Wehr setzen. Gleichzeitig wenden sie sich gegen die Absicht der Bürgerlichen, die Einnahmequellen, die für die Finanzierung der Sozialversicherung dienen sollten (Bundeserbschaftssteuer und Tabakbelastung), zur Herstellung des Gleichgewichtes der Bundesfinanzen zu verwenden. Eingehende Kritik erfährt neuerdings die Politik der indirekten Volksbelastung durch die neuen Zölle. Erfolglos wehrt sich die sozialdemokratische Fraktion für bessere Unterstützung der Volks- und Arbeiterbildungsbemühungen, des kaufmännischen Berufsbildungswesens u.a.m. Dafür sind im Budget die landwirtschaftlichen Subventionen wesentlich erhöht worden (auf über 10 Millionen). Der gesamte Zinsendienst des Bundes (einschließlich S. B. B.) erfordert zurzeit jährlich 217 Millionen Franken.

Maillefer und Konsorten möchten (unter Hinweis auf die Vermögensabgabe-Initiative) das Initiativrecht des Volkes wieder abschaffen und bringen eine diesbezügliche Motion in Vorschlag.

Die sozialdemokratische Fraktion bekämpft im besonderen das Militärbudget, um das sich eine große Debatte entspinnt. Bundesrat Scheurer erklärt, die „schönen Beschlüsse der Kongresse“ (siehe Genf!) nützen nichts, es werde doch Krieg geführt. Sozialdemokratische Redner kritisieren die Verhältnisse in gewissen Militärsanatorien.

Bei der Gesamtwahl des Bundesrates beträgt der Stimmenausfall der einzelnen Mitglieder: Haab 43, Scheurer 54, Chuard 69, Häberlin 70, Motta 79, Musy 86 und Schultheß 86.

Die Abnahme des Mobilisationsberichtes des Generals Wille gibt Anlaß zu einer Diskussion über das ganze militärische Regime

während der Mobilisation. Ein sozialdemokratisches Mitglied der Neutralitätskommission teilt mit, es sei vom Generalstabschef der Kommission auf Anfrage eines sozialdemokratischen Mitgliedes die Auskunft gegeben worden, die Festungen vom Hauenstein und von Murten richteten sich sowohl gegen die West- wie gegen die Zentralmächte. Auf die Bemerkung, bei einem Einbruch von Osten oder Norden sei der ganze nordöstliche Teil des Landes ungeschützt, hat der Generalstabschef geantwortet, die Landesteile, in denen nicht gekämpft werde, litten am wenigsten unter dem Krieg.

Bei der Beschlusffassung über die Teuerungszulage des Bundespersonals ist es wieder ganz allein die sozialdemokratische Fraktion, die zuverlässig und mit großem Nachdruck sich für das Personal einsetzt.

Die Initiative betreffend Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe wird (Art. 42 bis der Bundesverfassung) mit 736,952 gegen 109,702 Stimmen und von allen Standesstimmen verworfen.

3. Dezemb.
1922

Mit 123 gegen 45 Stimmen verwirft der Nationalrat die 301 Initiative der sozialdemokratischen Partei. Ihre Behandlung ruft einer umfangreichen Auseinandersetzung über bürgerliche und sozialdemokratische Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Februar-
session 1923

Bei der Revision des Postverkehrsgesetzes tritt die Arbeitervertretung für eine Reduktion der Zeitungstransporttagen, wie für die Aufhebung der Portofreiheit ein. Für diese letztere ergibt sich aber keine Mehrheit, da die Bürgerlichen dieses Vorrecht nicht preisgeben wollen.

Statt der vielen Millionen, die als Bundessubvention zur Bekämpfung der Tuberkulose jährlich erforderlich wären, bewilligen der Bundesrat und die bürgerlichen Fraktionen hiezu nur eine einzige Million.

Bei der Gewährung eines Kredites von 20 Millionen zur Anleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Österreichs stellt die sozialdemokratische Partei die einschränkende Bedingung, daß die Schweiz sich an keiner Kontrolle beteilige, die im mindesten das Selbstbestimmungsrecht und die Souveränität der Nachbarrepublik antaste.

Zur Diskussion über den 18. und 19. Neutralitätsbericht bringt die sozialdemokratische Fraktion ein Postulat ein, gemäß welchem der Mieterschutz in das dauernde Recht übergeführt werden soll. Ebenfalls beim Neutralitätsbericht bringt die sozialdemokratische Fraktion die großen Schwindelerien der Seetransportunion zur Sprache, bei denen die Eidgenossenschaft zufolge der Liederlichkeit gewisser Leute insgesamt 30 Millionen Verluste erlitten hat. Die Fraktion verlangt, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Dem kann ein bürgerlicher Parlamentarier sowenig beipflichten wie der ebenfalls von der sozialdemokratischen Fraktion verlangten Intervention des Bundesrates (durch das Mittel des Völkerbundes) zur Erwirkung der Aufhebung der Ruhrbesetzung, welche die Wirtschaft Europas und auch der Schweiz stark in Mitleidenschaft zieht.

Die sozialdemokratische Fraktion bemüht sich, für einige Tausende noch schwelender militärstrafrechtlicher Verfahren (davon einzig 6645 Strafverfahren gegen schweizerische Refraktäre) eine Amnestie zu erwirken, was jedoch nicht gelingt. Wenn die Liquidation dieser Fälle im gleichen Tempo weiterschreitet wie bis anhin, hätte die famose Militärjustiz daran noch Arbeit für 50 (!) Jahre, vorausgesetzt, daß die Strafverfolgten nicht vorher sterben.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangt vom Bundesrat die Aufhebung der im Lande herum vielfach bei Privatpersonen errichteten Waffen- und Munitionsdepots der Bürgerwehren.

Bei Abwesenheit vieler Bürgerlicher wird die Motion Maillefer betreffend Einschränkung des Initiativrechtes mit 65 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Der Missbrauch, der mit der als Ausnahme-Maßnahme gedachten Bestimmung des Fabrikgesetzes betreffend die 52-Stundenwoche getrieben wird, veranlaßt die sozialdemokratische Fraktion, dagegen zunächst durch das Mittel einer kleinen Anfrage vorzugehen.

Mit 445,606 gegen 55,145 Stimmen wird die von einem Bürgerwehrkomitee lancierte Initiative betreffend die Schuhhaft verworfen. Es stimmen dagegen auch sämtliche Kantonsstimmen.

Der Bundesbeschuß betreffend das Zonenabkommen, gegen welchen das Referendum ergriffen worden ist, wird mit 414,305 gegen 93,892 Stimmen verworfen.

Die Zollinitiative wird mit 467,876 Nein gegen 171,020 Ja und mit 21½ gegen ½ Standesstimme verworfen.

Zur Darlehensgewährung an schweizerische Kriegsgeschädigte wird ein Kredit von 15 Millionen bewilligt.

Die bürgerlichen Fraktionen bringen 88 (gegen 37 sozialdemokratische) Stimmen auf für eine Verlängerung des Bundesbeschlusses betreffend den Zolltarif. Mit 73 gegen 49 (vorwiegend sozialdemokratische) Stimmen wird auch die Verlängerung der Einfuhrbeschränkungen beschlossen.

Die sozialdemokratische Fraktion interpelliert über die Gründung faschistischer Gruppen in der Schweiz.

Der revidierte Alkoholartikel (Art. 32 bis und 31, lit. b der Bundesverfassung) wird mit 360,397 gegen 262,688 Stimmen und mit 12 gegen 10 Ständen verworfen.

Bei der Behandlung des Berichtes über die III. Völkerbundssession postuliert die sozialdemokratische Fraktion neuerdings ein Eintreten der Eidgenossenschaft für die Abrüstung. Sie stellt fest, daß die vor Eintritt der Schweiz in den Völkerbund gemachten Versprechungen nicht erfüllt worden sind.

Der Geschäftsbericht der S. B. B. gibt Anlaß zu einer Reihe von Beschwerden über unerträgliche Missstände, die nicht zum kleinsten Teil auf übertriebene Personaleinsparungen zurückzuführen sind.

Es liegt endlich der Abschluß der Kosten der schweizerischen Kriegsmobilmachung vor. Sie betragen eine Milliarde und 470 Mil-

18. Febr.
1923

18. Febr.
1923

15. April
1923

April-Mai-
session 1923

3. Juni 1923

Junisession
1923

lionen Franken, darunter sind 320 Millionen inbegriffen für die zufolge des Krieges notwendig gewordene zivile Lebensmittelversorgung.

Neuerdings veranlassen die Steuerungszulagen (für das zweite Halbjahr 1923) eine große Debatte zwischen den Lohnherabsetzern und den Sprechern der sozialdemokratischen Fraktion. Der Bauernvertreter Gnägi erklärt dabei, die bürgerlichen Parteien könnten nicht so weit gehen, dem Bundespersonal Löhne zuzuschänzen, bei dem es Ersparnisse machen könne. Hätte die sozialdemokratische Partei bei den letzten Wahlen eine zahlreichere Vertretung im Nationalrat erhalten, hätte sie bedeutende Verbesserungen durchzusetzen vermocht.

Laut Staatsrechnung für 1922 ergibt sich, daß am Bundespersonal bereits 16 Millionen eingespart worden sind. Das Defizit beträgt für 1922 rund 80 Millionen.

Beim Geschäftsbericht veranlaßt die Berichterstattung Abts eine Debatte über Völkerbund und Diplomatie, wobei die sozialdemokratischen Redner ihre sozialistischen Auffassungen vertreten und gegen die bürgerliche Völkerbundspolitik und die Aristokratendiplomatie Stellung nehmen.

Die Ermordung des russischen Gesandten Worowsky in Lausanne gibt Anlaß zu einer Auseinandersetzung, in welcher von sozialdemokratischer Seite das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß Worowsky, trotzdem er das diplomatische Visum besaß, vom Bundesrat nicht als Diplomat betrachtet und behandelt worden sei.

Auf eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über die Absichten des Bundesrates betreffend die sogenannte aktive Auswanderungspolitik, das heißt den in Aussicht gestellten Massenabschub von arbeitslosen Industrieproletariern ins Ausland und nach Übersee, erhält sie die beruhigende Zusicherung, daß der Bundesrat von diesen Plänen abgekommen sei (Einwanderungseinschränkung z. B. Nordamerikas).

Gegen die sozialdemokratische Opposition wird ein Extrakredit von rund 14 Millionen für Kriegsmaterialanschaffungen und Rekrutenausrüstungen (für 1924) bewilligt.

Dem Bundesrat wird von den bürgerlichen Fraktionen eine Verlängerung der Kompetenz eingeräumt betreffend Inkraftbleiben der sehr stark erhöhten Tabakzölle.

Wieder setzt sich die sozialdemokratische Fraktion ein für den baldigen Erlass des Bundesgesetzes zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Die bürgerlichen Mitglieder der eidgenössischen Räte beschließen den Abbau der Arbeitslosenfürsorge, bei welcher Gelegenheit die Arbeitervertreter den Nachweis erbringen, daß es sich hier um eine brutale Vergewaltigung des Lebensrechtes und Existenzanspruches der Armutsten der Armen handelt.

Bei der Festsetzung des Beitrages des Bundes an die Arbeitslosenversicherungskassen wird die Quote der Bundessubvention von $33\frac{1}{3}\%$ auf 30 % herabgesetzt.

Die sozialdemokratische Fraktion sieht sich genötigt, die Tatsache zur Sprache zu bringen, daß der Bundesrat (dank des Einflusses der

September-
Oktober-
session 1923

Multimillionäre von der Basler Chemischen Industrie) keinen Schritt getan hat, um den Verpflichtungen der Schweiz bezüglich Bekämpfung des Handels mit Opium und anderen ähnlichen Giften, die eine wahre Geißel der Menschheit sind, nachzukommen. Die Schweiz ist deshalb mit vollem Recht in der Völkerbundsversammlung die Zielscheibe scharfer Angriffe gewesen. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt die endliche Ratifikation der Opiumkonvention vom Jahre 1912.

Eine hochbedeutende wirtschaftliche Frage bringt die sozialdemokratische Fraktion zur Sprache durch eine Motion über die schweren Missstände im Export elektrischer Energie.

Die Fraktion bekämpft ein Postulat, das eine numerisch stärkere Rekrutierung herbeiführen möchte.

Die sozialdemokratische Fraktion interpelliert über die Ungehörigkeit, daß der faschistische Funktionär Baselli in Lugano sich behördliche Funktionen angemahnt hat.

Zu dem Zwecke, Personal einzusparen und sehr erhebliche Arbeitszeitverlängerungen durchzuführen, hat die Postverwaltung begonnen, eine sehr große Zahl von Postbüros II. Klasse in die III. Klasse zurückzuversetzen. Gegen diese rückläufigen Bestrebungen nimmt die sozialdemokratische Partei den Kampf auf. Es gelingt, in der Folge rund 40 Büros, die zurückversetzt werden sollten, davor zu bewahren.

Gegenüber den von bürgerlicher Seite am Eidgenössischen Versicherungsgericht in Luzern geübten Kritiken nimmt die sozialdemokratische Fraktion das Versicherungsgericht und seine pflichtgemäß sozial gerichtete Rechtsprechung in Schutz. Die Fraktion wendet sich auch gegen jede Verkümmерung des Beschwerderechtes (in Sachen Versicherungsrechtsprechung) und zu einer Rückbildung des Gerichtes zu einer bloßen Kassationsinstanz.

Die sozialdemokratische Fraktion tritt (durch Motion) für die Unterstützung der Kunst und der Künstler ein, um eine Beschickung der Weltausstellung für dekorative und angewandte Kunst (1925 in Paris) seitens der Schweiz zu ermöglichen.

Die sozialdemokratische Fraktion bekämpft die Bewilligung eines Kredites von nahezu 2 Millionen Franken für den Bau von Flugzeughallen für das Militärluftwesen und für den Erwerb eines Flugfeldes bei Bellinzona.

Ebenso opponiert die Fraktion einer Motion Abt, welche für die Aufstellung von elektrischen Leitungsmasten der Landwirtschaft besondere Vorteile zuschanzen möchte, unbekümmert darum, daß fast alle Elektrizitätswerke schon zahlreiche abgelegene Höfe mit Strom versorgen, obwohl dies keineswegs rentiert.

Anlässlich der Vereinigung der Differenzen zum Ständerat über das Postverkehrsgesetz tritt die sozialdemokratische Fraktion neuerdings für die möglichste Einschränkung der Portofreiheit ein.

Bei der Abnahme des Geschäftsberichtes und der Rechnung der Alkoholverwaltung stellt sich heraus, daß diese ihre bisherige Funktion, ein Werkzeug großbäuerlicher Preistreiberpolitik zu sein (Hochhaltung der Obstpreise), schwer hat entgelten müssen. Zu den lachenden

Gewinnlern an diesem Handel gehören auch die sonst schon nicht zu bemitleidenden Obstspritfabrikanten. Aus dieser Politik sind Verluste von vielen Millionen entstanden, weshalb von bürgerlicher Seite beantragt wird, die Bundeskasse solle der Alkoholverwaltung 10 Millionen schenken zur Belohnung ihrer vorzüglichen Leistungen als staatliche Preistreiberanstalt. Dieser Antrag wird schließlich zugunsten eines Postulates zurückgezogen.

Die sozialdemokratische Fraktion setzt sich dafür ein, den notleidenden Krankenkassen 3 Millionen (statt 2) außerordentliche Bundessubventionen zukommen zu lassen. Der Antrag wird in stark verwässerter Form (Verteilung auf drei Jahre) schließlich angenommen.

Die Lohnabbauer gehen auch dem pensionierten Bundespersonal an den Kragen und reduzieren die Pensionen. Die sozialdemokratische Fraktion nimmt Stellung gegen das Eintreten auf eine solche Vorlage und — nachdem die bürgerliche Mehrheit Eintreten beschlossen hat — bemühen sich die Redner der Sozialdemokraten, die Reduktion der Pensionen weniger drückend zu gestalten. Es gelingt ihnen, etwelche Milderungen durchzuführen.

Bei Aufhebung der Briefpostbestellung an Sonntagen erwirkt die sozialdemokratische Fraktion das Zugeständnis, daß die damit ermöglichte Einsparung von 250 Briefträgern nicht zu Entlassungen führen darf, sondern daß bei Todesfällen und Pensionierungen gegebenenfalls keine Neubesetzungen stattfinden sollen.

Wieder verlangt der Bundesrat die Zustimmung des Parlaments zur Verlängerung der Einfuhrbeschränkungen. Die Sozialdemokraten votieren dagegen, was Anlaß gibt zu einer Auseinandersetzung über die neueste schweizerische Wirtschaftspolitik.

In der Dezemberession gelangt die in der letzten Session eingereichte sozialdemokratische Interpellation, wie die sozialdemokratische Motion betreffend Opiumproduktion und Opiumhandel zur Behandlung. Der Bundesrat sieht sich gezwungen, in dieser Frage endlich nachzugeben und die Ratifikation der 1912er Opiumkonvention in Aussicht zu stellen.

Seitens der sozialdemokratischen Fraktion wird eine amtliche Untersuchung über die Erzeugungskosten der schweizerischen Industrieprodukte verlangt.

Der Bundesrat stellt eine beträchtliche Erhöhung der Tabakzölle in Aussicht.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangt staatliche Hilfe für die von der Industrie ausgeschalteten Arbeitskräfte, denen die Armen- genössigkeit erspart werden sollte.

In der Budgetdebatte vertritt die sozialdemokratische Fraktion ihr Finanzprogramm gegenüber jener bürgerlich-kapitalistischen Staatsweisheit, deren Anfang und Ende heißt, durch Konsumsteuern den Löwenanteil der Staatslasten den arbeitenden Volksmassen aufzubürden.

Während noch in der Budgetbotschaft von 1922 Musy erklärt hatte, die indirekten Steuern (Zölle) seien unerwünscht, weil sie die

Lebenshaltung verteuern, nimmt jetzt die Bourgeoisie mit großer Befriedigung wahr, daß die Zolleinnahmen von Jahr zu Jahr steigen. Für 1923 waren 130 Millionen budgetiert, für 1924 nunmehr 189. Die Zolleinnahmen sind aber immer sehr viel höher (1923 : 182 Millionen), als wie das Budget sie veranschlagte.

Angesichts neuerdings einsetzender stärkerer Arbeitslosigkeit postuliert die Arbeitervertretung im Nationalrat die Wiederin Kraftsetzung der aufgehobenen Arbeitslosenfürsorge.

Der reaktionäre Freiburger Nationalrat Perrier verlangt mittelst Interpellation Maßnahmen des Bundesrates gegen die Gewerkschaft des S. B. B.-Personals und Begünstigung seines Grüppleins gelber Gnadenlämmer. Er wird durch eine sozialdemokratische Gegeninterpellation dermaßen abgeführt, daß er nach allgemeinem Urteil mit einer bösen Schlappe abzieht. Bei dieser Gelegenheit wird u. a. festgestellt, daß bisher schon die christlichsozialen Gewerkschafter durch die Bundessubvention außerordentlich begünstigt werden gegenüber dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund, bekommen sie doch pro Jahr und Mitglied im Durchschnitt 2 Franken, der Gewerkschaftsbund bloß 30 Rappen.

Haab verkündet, daß der Bundesbeamte und Funktionär eines öffentlichen Betriebes (Post, Telegraph und Telephon und S. B. B.) „eine gewisse Reserve zu beachten habe in seiner politischen Tätigkeit, wenn er befördert werden wolle“. Auf diese Weise suchen die bürgerlichen Parteien den Kampf gegen die energische Interessenwahrung des Personals zu unterbinden und willfährige Kreaturen zu züchten.

Wieder sieht das Budget keine hinreichenden Kredite zu wirksamer umfassender Tuberkulosebekämpfung vor, was sozialdemokratische Redner zu entsprechenden Auseinandersetzungen zwingt.

Zur Behandlung des Budgets des Militärdepartements (81 Millionen) wird mitgeteilt, daß die Zahl der Rekruten und ebenso die Munitionsvorräte und andere militärische Anschaffungen wieder vermehrt wurden, was die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, in der Tradition gewordenen Budget-Militärdebatte ihren grundsätzlich ablehnenden Standpunkt wieder zum Ausdruck zu bringen.

Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt Anträge, die darauf hinausgehen, die Subventionen für das gewerbliche, hauswirtschaftliche und kaufmännische Bildungswesen nicht zu reduzieren.

Für die Sportolympiade in Paris (1924) der bürgerlichen Sportvereine wird mit Zustimmung der Sozialdemokraten ein Kredit von 65,000 Franken bewilligt.

Die sozialdemokratische Fraktion bekämpft die Erhöhung des Benzinzolles.

Großen lebhaften Diskussionen ruft wieder die Festsetzung der Teuerungszulagen an das Bundespersonal für 1924. Wieder geht der Kampf um das Verhältnis von Lohn und Teuerung und das Niveau der Lebenshaltung des eidgenössischen Personals. Es gelingt der sozialdemokratischen Fraktion nicht, ihre Anträge gegen die Allianz aller Reaktionäre durchzusetzen.

Das in der Septemberession 1923 bereits in Angriff genommene Geschäft (Verluste der Alkoholverwaltung) gelangt zur Erledigung, wobei die seinerzeitige „Hilfsaktion zugunsten der Obstproduzenten“ nicht in besonders günstigem Lichte erscheint. Es kommen sehr unsaubere Geschäfte (die auf Kosten der Eidgenossenschaft, d. h. der Alkoholverwaltung, gemacht worden sind) an den Tag.

Im Voranschlag von 1924 wenden sich die Sozialdemokraten gegen alle reaktionären Anträge, wie beispielsweise gegen die Budgetpolitik des Ständerates, der am Bildungswesen 560,000 Franken abgestrichen, dafür an Rindvieh- und Pferdezuchtsubventionen 100,000 Franken mehr hinzugestan hat. Die sozialdemokratische Fraktion hält bei dieser Gelegenheit den bürgerlichen Ratsvertretern vor, wie wenig Würde und Selbstbewußtsein sie dadurch bekunden, daß sie so häufig umfallen, wenn der noch reaktionärere Ständerat anders beschließt — was die Herren nicht hindert, abermals in Glanz und Schönheit umzufallen!

Die früher eingereichten mehrfachen Arbeitslosenpostulate gelangen zur Behandlung.

Die sozialdemokratische Fraktion postuliert die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes über den für den Abbau vorgesehenen Zeitpunkt (1. Mai 1924) hinaus und fordert ferner die Subventionierung des Wohnungsbauens.

In Unbetracht neuer Millionengewinne der Käseunion begeht die sozialdemokratische Fraktion die Rückzahlung der von ihr seinerzeit bezogenen 30 Millionen Bundessubvention.

Die Lex Schultheß, Art. 41 des Fabrikgesetzes (52-Stundenwoche), gegen welche das Referendum ergriffen worden ist, wird mit 436,180 gegen 320,668 Stimmen verworfen.

Endlich kann der Beitritt der Schweiz zur Opiumkonvention von 1912 beschlossen und ein Bundesgesetz über Betäubungsmittel erlassen werden. Die Herren Giftmillionäre versuchen ihre verlorene Position noch zu retten durch einen Haufen wohl mit Gold aufgewogener Rechtsgutachten bürgerlicher Juristen.

17. Febr.
1924

März-April-
ession 1924

Die bürgerlichen Fraktionen stimmen dem Bundesrat darin zu, daß die erhöhten Tabakzölle für eine längere Periode Geltung haben sollen („wenn immer möglich, bis zum Zeitpunkt, in welchem auf Grund der Bundesverfassung die Besteuerung des Tabaks eingeleitet werden soll“. Referent Odinga). Gleichzeitig tritt eine neue beträchtliche Erhöhung der Tabakzölle in Wirksamkeit, die jährlich mindestens 5 Millionen Franken mehr einbringen soll. Auch diese neue zollpolitische Maßnahme wird von der sozialdemokratischen Fraktion aufs nachdrücklichste bekämpft.

Für die bei ausländischen Versicherungsgesellschaften schwer geschädigten Schweizer-Versicherten wird eine Hilfsaktion beschlossen, an welche der Bund 25 Millionen beiträgt. Das Bestreben der sozialdemokratischen Fraktion geht dabei darauf aus, namentlich den Geringversicherten zu helfen, welche Hilfe viel dringender bedürfen als Leute, die Policien auf 25,000 oder 50,000 und mehr Franken abgeschlossen

haben. Wie zu erwarten war, sehen sich auch in dieser Hilfsaktion die Kleinversicherten getäuscht. Diese Vorgänge rechtfertigen es mehr als je, daß die Eidgenossenschaft eine staatliche Lebensversicherungsanstalt einrichte, wovon jedoch der Bundesrat der Herren Versicherungsaktionäre so wenig etwas wissen will wie die Vertreter von Geldsack und Vaterland im Nationalrat. Eine diesbezügliche sozialdemokratische Motion wird mit Hurra niedergestimmt. Das „Volk“ sei jetzt „gegen neue Bundesmonopole“.

Durch eine Interpellation regt die sozialdemokratische Fraktion die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland an.

Die von der sozialdemokratischen Fraktion unternommenen Versuche, den Entwurf zu einem Subventionsgesetz für die Arbeitslosenversicherung zu verbessern und die Benachteiligung der gewerkschaftlichen gegenüber der öffentlichen und der sogenannten paritätischen Arbeitslosenversicherung auszumerzen, bleiben ohne Erfolg.

Die sozialdemokratische Fraktion interpelliert wegen der neuerlichen Reduktion der Besoldungen der unglaublich schlecht bezahlten Assistenten an der Eidgenössischen Technischen Hochschule.

Desgleichen interpelliert sie wegen der politischen Maßregelung von Beamten, die lediglich von ihren politischen Rechten Gebrauch gemacht haben, ferner wegen der Ausweisung von Ausländern um ihrer Gesinnung willen.

Von neuem wendet die sozialdemokratische Fraktion sich gegen die Aufhebung des Mieterschutzes. Die Beanspruchung der Mietämter ist immer noch eine sehr starke. Ein großer Teil der Klagen der Mieter müssen geschützt werden. Es sind hauptsächlich Inhaber von Zwei- und Dreizimmerwohnungen, welche bei den Mietämtern Schutz suchen müssen. In den Städten wird das Verhältnis der Zahl der Hausbesitzer zur Zahl der Mieter immer ungünstiger. Die große überwiegende Mehrheit (75 bis 98 % aller Mieter) fallen in die Tributpflicht des Haus- und Grundbesitzkapitals. Der Bundesrat erklärt, auf den 1. Mai 1924 noch nicht abbauen zu wollen und grundsätzlich an der Überführung des Mieterschutzes in das Obligationenrecht festzuhalten. (Er hat auch dieses Festhalten bald genug aufgegeben.) Das Postulat der sozialdemokratischen Fraktion wird gegen die Opposition der Vertreter der Haus- und Grundbesitzer knapp mit 51 gegen 43 Stimmen angenommen.

Die Unregelmäßigkeiten, die im Rechnungswesen der schweizerischen Gesandtschaft in Stockholm an den Tag gekommen sind, veranlassen die sozialdemokratische Fraktion zu einer Interpellation.

Die verfassungs- und gesetzeswidrige Verschleppung der Volksabstimmung über die Initiative Rothenberger veranlaßt die sozialdemokratische Fraktion, den Bundesrat darüber neuerdings zur Rede zu stellen.

Zum Geschäftsbericht wird von sozialdemokratischer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß ein durch Indiskretion veröffentlichter Informationsbericht des Politischen Departements an die schweizerischen Auslandsvertretungen (Pressedienst) von Unrichtigkeiten, Entstellungen

und Unwahrheiten förmlich stroht. Ebenfalls werden die fürstlichen Saläre (bis 100,000 Franken im Jahr) kritisiert, die Schweizer in ausländischen Schiedskommissionen beziehen — zum Teil von Völkern, die selber arm sind.

Die sozialdemokratische Fraktion wünscht die Bestellung einer besonderen Fraktion zur parlamentarischen Vorberatung der Fragen und Geschäfte der auswärtigen Politik.

Die früher von der sozialdemokratischen Fraktion eingereichte Faschisten-Interpellation (Gründung faschistischer Organisationen in der Schweiz) kommt endlich zur Behandlung.

Wie seit Jahren schon, benützt die sozialdemokratische Fraktion die Gelegenheit, beim Geschäftsbericht auf den Mangel eines Gesetzes zur Bekämpfung der Tuberkulose aufmerksam zu machen.

Ebenso postuliert sie immer von neuem die Beibehaltung der Arbeitslosenfürsorge.

Die Fraktion verlangt gesetzliche Grundlagen für die Sicherung eines Minimums an Wohnungshygiene (1. eine staatliche, gesetzlich geregelte Aufsicht bei Neubauten; 2. eine gesetzliche Regelung von Bebauungsplänen für größere und kleinere Ortschaften; 3. staatliche Unterstützung des Wohnungsbauens, besonders für kinderreiche Familien; 4. gesetzlichen Mieterschutz; 5. staatliche Wohnungsinspektion und Ausschaltung unzulänglicher Wohnungen; 6. Verhütung der Wohnungssübergabe). Ein diesbezügliches Postulat wird zur Prüfung entgegengenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion möchte eine Sicherung der Referendumsrechte des Volkes durch eine genaue Umschreibung und Abgrenzung der Begriffe des Bundesgesetzes einerseits und der verschiedenen Arten von Bundesbeschlüssen anderseits herbeiführen. Häberlin gibt umständlich zu, daß es sich hier um das Hintertürlein handle, vermittelst dessen eben gewisse Dinge der Volksabstimmung entzogen werden können. Eine regierende Partei könnte auf diese Erleichterung beim Regieren nicht verzichten. Das sozialdemokratische Postulat wird immerhin zur Prüfung entgegengenommen.

Die früher eingereichte sozialdemokratische Interpellation betreffend Waffen- und Munitionsdepots der Bürgerwehren kommt zur Behandlung. Das Vorhandensein dieser Depots wird nicht bestritten.

Zum Geschäftsbericht (Finanzdepartement) stellt ein sozialdemokratisches Mitglied der Geschäftsprüfungskommission fest, daß bei der Vergabeung öffentlicher Anleihen die Banken die Anleihensbedingungen geradezu diktatorisch den Darlehenssuchern aufzwingen.

Die sozialdemokratische Fraktion rügt das sonderbare Gebaren des Chefs des Finanzdepartements, der ein paar Tage vor Beginn der Budgetsession die Journalisten zusammentrefft und ihnen eine Budgetrede hält, die in wichtigen Punkten im Gegensatz steht zur Budgetbotschaft des Bundesrates.

Von einem Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion wird der Erlaß des seit langen Jahren in Aussicht genommenen Besoldungs-

gesetzes verlangt. Ebenso die endliche Einführung des Verwaltungsgerichtes.

Für die wenigen in der Schweiz bestehenden Bergwerksbetriebe wird von sozialdemokratischen Rednern eine besondere Bergwerksgesetzgebung verlangt zum Schutz der im Erdinnern arbeitenden Menschen.

Die mißbräuchliche Bewilligung der 52-Stundenwoche an zahlreiche Betriebe gibt Anlaß zu eindringlichen Reklamationen von sozialdemokratischer Seite. Die Fraktion verlangt, daß die diesbezüglichen Gesuche der Arbeitgeber, sowie die Beschwerden der Arbeiter von einer paritätischen Kommission zuhanden der Bundesbehörde begutachtet werden sollen.

Von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion wird die Einführung des wöchentlichen Ruhetages im Hotelbetrieb verlangt.

Die sozialdemokratische Interpellation über die endlose Verschleppung der Volksabstimmung über die Initiative Rothenberger wird begründet. Der Bundesrat antwortet mit Ausführungen, wie: er wolle die Initiative Rothenberger gleichzeitig mit dem Verfassungsartikel (Gegenvorschlag) zur Abstimmung bringen (was dann bekanntlich nicht geschehen ist).

Die sozialdemokratische Fraktion wendet sich gegen gewisse Unterlassungen der Unternehmer bestimmter Branchen in Sachen Unfallverhütungen.

Das in der letzten Session eingereichte sozialdemokratische Postulat betreffend Subventionierung des Baues einfacher Arbeiterwohnungen wird vom Bundesrat und den bürgerlichen Fortschrittshelden abgelehnt.

Ebenso lehnen der Bundesrat und die bürgerlichen Fraktionen es ab, für eine bessere Hilfe an die notleidenden Arbeitslosen zu sorgen, trotzdem ganze Landesgegenden (wie St. Gallen und Appenzell) aus einem erschrecklichen Arbeitslosenelend heraus diese Hilfe flehentlich verlangen. „Es muß jetzt wieder jeder auf seinen eigenen Beinen stehen!“ (Schultheß.)

Namens der sozialdemokratischen Fraktion interveniert ein Interpellant wegen der im Bahnhof Basel sich häufenden Betriebsunfälle und der Unzulänglichkeit der dortigen Bahnhofsanlagen.

Bei der Aufschlußerteilung des Departementschefs Haab über das Eisenbahnunglück von Bellinzona treten die Personalvertretungen gewissen Behauptungen entgegen, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmen. (Nach dem Unglücksfall ist in Bellinzona erheblich mehr Personal eingestellt worden.)

Zum Postverkehrsgesetz werden die letzten Differenzen gegenüber dem Ständerat bereinigt durch den üblichen mutigen Umfall der bürgerlichen Fraktionen des Nationalrates in der Frage der Portofreiheit, die nun damit gerettet ist.

Zu den 5 Millionen von 1922 wird eine neue 3 Millionen-Subvention beschlossen zur Hilfeleistung an die armen Herren Hoteliers.

Im Nationalrat kommt der bundesrätsliche Bericht über die IV. Völkerbundssession zur Sprache. Die sozialdemokratische Fraktion kritisiert das Versagen des Völkerbundes im italienisch-griechischen Konflikt, ferner die diktatorische Herrschaft des Völkerbundskommissärs Zimmermann in Wien, wie auch den Mangel jeder ernsthaften Abrüstungsaktion.

Bei einem Begehrten auf Abänderung der Konzession der Genfer Straßenbahn nimmt die sozialdemokratische Fraktion Stellung gegen die höchst unruhige Betriebsführung dieser Aktiengesellschaft, die heute weder den berechtigten Ansprüchen des Publikums noch denen des Straßenbahnpersonals mehr zu entsprechen vermag.

Für Kriegsmaterialanschaffungen und Rekrutenausrüstungen wird gegen die Opposition der Sozialdemokraten ein besonderer Kredit von 15 Millionen Franken bewilligt.

Die bürgerlichen Fraktionen beschließen, für die Jahre 1925 und 1926 den einheimischen Getreidebau zu fördern durch die Ausrichtung einer Mahlprämie von 5 Franken (für Selbstversorger) und einen Überpreis von 8 Franken für dem Bunde abgeliefertes Getreide. Als Überpreis wird der (Subventions-) Betrag bezeichnet, den die Eidgenossenschaft über einen durchschnittlichen Franko-Lagerhauspreis (für importiertes Getreide) hinaus bezahlt. Die Kosten dieser Preisstützungsaktion werden jährlich auf mutmaßlich 12 bis 15 Millionen berechnet; jedoch fallen sie zu Lasten der Konsumenten. Die vom Parlament beschlossene Liebesgabe an die Landwirtschaft geht noch um rund 5 Millionen über den Betrag hinaus, den der Bundesrat den Produzenten hatte konzedieren wollen. Diese Politik der künstlichen Erhaltung des Getreidebaus wird zum Teil mit militärischen, zum Teil mit volkswirtschaftlichen Argumentationen begründet. Die sozialdemokratische Fraktion nimmt dagegen Stellung. Sozialdemokratische Redner führen aus, daß auch die Sozialdemokratie die Erhaltung der Landwirtschaft wünsche, aber nicht mit künstlichen Mitteln. Viel nötiger und wirksamer wäre die staatliche Förderung der technischen Entwicklung der Landwirtschaft statt die Erhaltung und Konservierung veralteter Betriebsformen mittelst Geldverteilung an die Bauern. Auch die Hilfeleistung an die überschuldeten Kleinbauern müsse auf andere Weise erfolgen (Güterzusammenlegung, Entschuldung, staatliche Zinspolitik, Hypothekarhilfe, wirtschaftlichere Betriebsorganisation und Betriebsführung usw.). Die Schweiz verzehrt jetzt das teuerste Brot der Welt. Der überaus hohe Brotpreis wirkt, wie die Landwirtschaft selber ausdrücklich zugibt, preissüchtend zurück auf den Preis aller anderen landwirtschaftlichen Produkte, vorab der Milch und der Milchprodukte, der Kartoffeln und des Gemüses. Die bürgerlichen Fraktionen lehnen auch die Aufnahme der Referendumsklausel ab.

Die Renten des pensionierten Bundespersonals werden in der gleichen Stunde, da man das Brot verteuert, herabgesetzt gegen den energischen Widerstand mehrerer sozialdemokratischer Redner und der ganzen sozialdemokratischen Fraktion.

Namens der sozialdemokratischen Fraktion wird mit triftiger wirtschaftlicher Begründung (Erhöhung unseres Auslandsabsatzes) die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland gefordert zu dem Zwecke der Bekämpfung unserer Absatzkrise.

Die Landwirtschaft verlangt vom Bundesrat und der Alkoholverwaltung wieder einmal einen höheren Spritpreis, damit das Obst noch teurer werde.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt dem Nationalrat, eine Beileidskundgebung an das italienische Parlament zu entsenden wegen der Ermordung des Abgeordneten Matteotti, wie auch die Parlamente mancher anderer Staaten (Frankreich, England, Belgien, Deutschland) solche Kundgebungen erlassen haben. Die bürgerlichen Fraktionen bringen aber den Mut zu einer solchen Kundgebung nicht auf.

Zur parlamentarischen Entgegennahme des Berichtes über die dritte und vierte internationale Arbeitskonferenz wird von sozialdemokratischer Seite an Hand der Konferenzprotokolle festgestellt, daß die Haltung der Delegierten des Bundesrates an dieser Konferenz eine durchaus negative, reaktionäre gewesen ist, die im größten Widerspruch steht zu den Versprechungen, die der Arbeiterschaft vor der Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund gemacht worden sind.

Durch eine kleine Anfrage wendet sich ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion erneut gegen den unsinnigen Personalabbau.

Die Schlufzabrechnungen der sogenannten zivilen Kriegsorganisationen werden genehmigt. Für die Notstandsaktionen wurden verausgabt in den Jahren 1914 bis 1922 insgesamt: für Milch 36 Millionen, für Brot 27 Millionen, für Kartoffeln und anderes 2 Millionen, insgesamt wurden für die Verbilligungsaktion 80 Millionen ausgelegt, doch wird betont, daß zuverlässige Ziffern nicht gegeben werden könnten, was die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, eine genaue Schlufzabrechnung zu fordern. Dieser Antrag wird von den Hütern von Ordnung und Gesetz abgelehnt.

Es ist nachgerade zum Brauch geworden, in jeder Session einen außerordentlichen Militärkredit zu bewilligen. Diesmal kommt die neue Truppenordnung an die Reihe, welche von der sozialdemokratischen Fraktion leidenschaftlich bekämpft wird. Die neue Truppenordnung hat dauernd erhöhte Militärausgaben (von zirka 4 bis 5 Millionen jährlich) zur Folge. Für Mehrrekrutierung (es sollen über 20,000 Mann mehr rekrutiert werden durch Rückverlegung der Rekrutierung auf das 19. Altersjahr) kommen 15 weitere Millionen. Des weiteren werden hohe weitere Auslagen für Anschaffung von Kriegsmaterial angekündigt. Man nennt 30 Millionen für die Ausrüstung der Armee mit Automobilen, weitere Ausrüstungen für den Gebirgskrieg, den Verbindungs-, Nachrichten- und Erkundigungskrieg. Ferner sind für die Neubewaffnung der Infanterie mit leichten Maschinengewehren, für das Flugwesen und Neubewaffnung der Artillerie ungezählte Millionen neuer Militärausgaben in Aussicht

genommen. Leider hat das Volk im Jahre 1907, trotz der erbitterten Gegenwehr der sozialdemokratischen Partei, eine neue Militärorganisation beschlossen, durch welche die Kompetenz zum Erlaß der neuen Truppenordnung dem Volk genommen und der Bundesversammlung übertragen wird. Die Anrufung des Referendums ist deshalb unmöglich gemacht. Die neue Truppenordnung wird von den Räten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gutgeheißen.

Anlässlich der Behandlung des Berichtes des Bundesrates über die erfolgte Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung wirkt die sozialdemokratische Fraktion erfolglos für die Wiederinkraftsetzung der Arbeitslosenfürsorge, mindestens bis zu jenem Termin, wo die Arbeitslosenversicherung in Wirksamkeit treten kann. Weder die immer noch sehr beträchtliche Zahl der Arbeitslosen (man denke an die Ostschweiz!) noch die wirtschaftlichen Aussichten rechtfertigen die Aufhebung.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangt Bundeshilfe für die Sicherung der Kartoffelversorgung, da der hohe Preis von 20 Franken per Doppelzentner ein wichtiges Volksnahrungsmittel unsinnig verteuert.

Zur Behandlung gelangt in der Oktoberession auch das revidierte Militärstrafgesetzbuch. Die sozialdemokratische Fraktion vertritt die Auffassung, daß ein spezielles Militärstrafrecht für die Schweiz gar nicht eine Notwendigkeit sei. Die militärischen Delikte könnten mit Leichtigkeit im allgemeinen Strafgesetzbuch untergebracht werden. Nachdem aber die bürgerliche Majorität hievon nichts wissen will, versuchen die Juristen der Arbeiterfraktion, dem ungemein revisionsbedürftigen, längst veralteten Militärstrafrecht einen etwas zeitgemäheren Inhalt zu geben. Es werden leider nur in Einzelheiten etwelche Verbesserungen erreicht. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion auch in dieser Kommission haben unstreitig eine große Arbeit geleistet, jedoch mit geringem Erfolg, da die bürgerlich-militäristische Majorität immer noch viel zu stark ist. Leider gelingt es auch nicht, die Todesstrafe aus dem Militärstrafgesetzbuch völlig auszumerzen. Für die Beseitigung stimmen einzig die Sozialdemokraten, die 2 Kommunisten und 5 Bürgerliche. Sogar die Christlichen stimmen für die Todesstrafe.

Mit einer knappen Mehrheit beschließt der Nationalrat neuerdings die Festsetzung des Benzinzolles auf 15 Franken, während Ständerat und Bundesrat 20 Franken fordern.

Budgetberatung : Die Zolleinnahmen sind seit 1914 von 78 Millionen auf 182 (1923) gestiegen. Für 1925 sind sie mit 205 Millionen budgetiert.

Dezember-
ession 1924

Das Militärbudget sieht 85 Millionen Ausgaben vor. Für die Sozialversicherung aber hat man kein Geld oder nur ein Almosen. Die Sozialdemokraten lehnen ein solches Budget ab.

Die Sozialdemokraten beantragen, den Kredit zur Tuberkulosebekämpfung auf 2 Millionen festzusetzen. Da der Ständerat nur $1\frac{1}{4}$ Millionen beschließt, stimmt der Nationalrat selbstverständlich zu, trotzdem er vorher selber $1\frac{1}{2}$ Millionen hatte bewilligen wollen.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangt durch Motion, daß gemäß einer seinerzeitigen Willenskundgebung beider Räte die Einnahmen aus der Tabakbelastung vom 1. Januar 1925 an ausschließlich der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zugute kommen sollen. Die sozialdemokratische Fraktion stellt auch einen diesbezüglichen Antrag zum Budget, eine Summe von 14 Millionen der Sozialversicherung zu reservieren.

Zur Beschickung der Arbeiter-Olympiade in Frankfurt beantragen die Arbeitervertreter einen Bundesbeitrag von 10,000 Franken (für die Sport-Olympiade in Paris wurden 65,000 Franken Subvention bewilligt). Die Bürgerlichen lehnen auch diesen Antrag ab.

Wieder votiert die sozialdemokratische Fraktion für eine bessere Unterstützung der ständigen kaufmännischen Fortbildungsschulen.

Die Einführbeschränkungen werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten von neuem bewilligt.

Gegenüber den Bestrebungen der Spielbanken-Anhänger, den seinerzeitigen Volksabstimmungsbeschluß betreffend Spielbankverbot zu umgehen und noch ein weiteres Jahr spielen zu lassen, vertritt die sozialdemokratische Fraktion die Auffassung, der Volksbeschluß müßte strikte eingehalten werden.

Ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion motioniert für eine gesetzliche versicherungsmäßige Regelung der Hilfeleistung an die Lawinengeschädigten an Stelle des bisherigen Bettel- und Almosensystems. Die Motion wird zur Prüfung entgegengenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt die Petition zugunsten der Einführung der Zivildienstpflicht für Militärdienstverweigerer, bei welcher Gelegenheit in einer großen Debatte wieder die Militärfrage als Ganzes zur Sprache kommt.

Bei den Nachtragskrediten verlangt das Militärdepartement einen Betrag von 1,6 Millionen Franken.

Die Beratung des Automobilgesetzes, mit der in der Dezemberession begonnen wird, gibt den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern Gelegenheit, vielfach in entsprechenden Anträgen für eine vernünftige Regelung des Verkehrs zu wirken, wie für die Sicherung mancher berechtigter Forderungen des Automobilpersonals (Chauffeure) einzutreten.

Es werden ratifiziert neue Schiedsverträge mit Ungarn und Italien. Der jetztgenannte Schiedsvertrag wird vom Chef des Politischen Departements als der beste und am weitesten gehende aller heute zwischen Staaten bestehenden Schiedsverträge bezeichnet. Es bestehen ähnliche Verträge (seit 1921) mit Deutschland und Österreich. Ein Schiedsvertrag mit Frankreich ist in Vorbereitung.

Wieder rufen die Teuerungszulagen des Bundespersonals für 1925 den sattsam bekannten heißen Debatten über die dem Personal zu gewährenden Teuerungszuschüsse. Wieder stimmt nur eine kleine Zahl von Bürgerlichen für die sozialdemokratischen Anträge, welche dem Personal Entgegenkommen beweisen wollen.

Von neuem verlangt die sozialdemokratische Fraktion Auskunft über die Zusammensetzung und den Stand der Arbeiten jener Kommission, welche die Wohnungsfrage studieren soll. Die Fraktion beharrt unverzüglich Maßnahmen gegen die Mietzinssteigerungen, wie für die Erleichterung des Baues von Wohnungen (durch Gemeinden und gemeinnützige Baugenossenschaften) durch Gewährung zweiter Hypotheken.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich zur Wehr zu setzen gegen einen Antrag (Schopfer), den Beitrag des Bundes an den Schweizerischen Arbeiterturnverband (20,000 Franken) zu streichen. Der Antrag wird verworfen. Für ihn stimmen eine Gruppe Welsche und eine Gruppe Bauern. Ebenso ergeht es einem gleichen Antrag Schopfers betreffend Streichung der Subvention an den Gewerkschaftsbund (55,000 Franken). Viele Bürgerliche enthalten sich dabei der Stimme.

Eine Interpellation von sozialdemokratischer Seite und deren Beantwortung durch den Bundesrat beweisen, daß das Gerede bürgerlicher Blätter über ein „Dokument Guilbeaux“, einen von russischer Seite ausgearbeiteten „Revolutionssplan für die Schweiz“, der angeblich die sozialdemokratische Partei kompromittiere, eitel Flunkerei war. Der Bundesrat muß zugeben, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort ist.

März-April-
Session 1925

Anlässlich der Behandlung des Schiedsvertrages mit Frankreich betreffend den Genfer Zonenkonflikt verlangt der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion die Berücksichtigung der Konsumenten bei der Bestellung der Delegation der schweizerischen Unterhändler, da die Genfer Zonen seinerzeit zum Schutze der Genfer Konsumenten geschaffen worden sind. Als gewesener Unterhändler (für den vom Volke verworfenen früheren Zonenvertrag) hat Laur zu allerlezt an die Konsumenten gedacht. Desgleichen verlangt die Fraktion die Zuständigkeitsklärung des Parlaments (statt des Bundesrates) für die Regelung der Fragen, die sich ergeben würden (falls die Parteien keine Verständigung finden können) durch erneute gegenseitige Verhandlungen.

Bei der neuerlichen Behandlung der Spielbankenfrage, die zu folge eines den Wünschen der Kursaalbesitzer entsprechenden Beschlusses des Ständerates (Motion Keller) wieder vor den Nationalrat kommt, nimmt die sozialdemokratische Fraktion die gleiche Haltung ein wie schon früher. Bei diesem Anlaß kommt an den Tag, daß der Kampf von Seiten von Spielbank-Interessenten skrupellos geführt wird, da einem Journalisten Geld (500 Franken) offeriert worden ist für eine den Spielbanken günstige Haltung seiner Zeitung, mit dem weiteren Versprechen, die Summe zu vervielfachen im Falle eines Erfolges mit einer Gegeninitiative gegen das Spielbankenverbot. Mit Stichentscheid des Nationalratspräsidenten wird beschlossen, der Motion Keller keine Folge zu geben, womit das Hazardspiel in den Kursälen aufzuhören hat.

Der Nationalrat berät eine Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung, welche bezweckt, die Einbürgerung gewisser („assimilierter“) Schichten von in der Schweiz seit langem niedergelassenen Ausländern zu erleichtern, bzw. die Zwangseinbürgerung kraft der schweizerischen Souveränität einzuführen. Die Sozialdemokraten setzen sich für Verbesserungen ein, indem sie frühere Vorschläge des Bundesrates und der 9er Kommission wieder aufnehmen. Da immer noch Reaktion Trumpf ist, haben sie damit keinen Erfolg.

Das Parlament hat den Minimal- und Maximalpreis für Getreide (das auf dem Weltmarkt eine rapide Preissteigerung erfuhr) festzusetzen. Die Preisgrenze wird wie folgt festgesetzt: 38 bis 45 Franken per Doppelzentner. Außerdem soll nun die Mahlprämie zu Lasten des Bundes fallen ($4\frac{1}{2}$ Millionen).

Zur Abwechslung kommt nach jahrelanger Verschleppung und Verschandlung wieder einmal die Sozialversicherung zur Sprache. Die bürgerlichen Rückwärtsler fühlen die Wahlen nahen und möchten gerne wieder einmal betunden, wie sehr sie für die Volkswohlfahrt eingenommen sind. Auch muß schon aus dem Grunde etwas geschehen, da die Abstimmung über die Initiative Rothenberger naht. In der großen Eintretensdebatte, an der sich im Nationalrat drei Dutzend Redner beteiligen, wirft die sozialdemokratische Fraktion das ganze sozialdemokratische Versicherungsprogramm auf, stellt die Forderungen und Anträge, die allein eine befriedigende Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung garantieren und zeigt, wie sie finanziert werden könnte und müßte. Mit besonderem Nachdruck wehrt sich die Fraktion für die Beibehaltung der Invalidenversicherung, für eine Finanzierung, die nicht allein oder in der Hauptsache das Volk belastet; auch führt die Fraktion den Kampf für die Inansichtnahme einer Rente, die kein Almosen ist. Wie zu erwarten war, sind die „vaterländischen“ Parteien und Fraktionen mitsamt der Landesregierung nicht von einer reaktionären Revision des ersten bundesrätlichen Projektes vom Jahre 1919 abzubringen. Die bürgerlichen Fraktionen tun alles, um die Sozialversicherung in einer ganz unzulänglichen Gestalt einzuführen. Trotzdem der Ertrag der Wertpapiere im Jahre 1 Milliarde 380 Millionen (pro Kopf 356 Franken, pro Familie 1550 Franken im Jahre) ausmacht im Gebiete der Schweiz, behaupten die Bürgerlichen, der Besitz könne für die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung kein Opfer von 15 bis 20 Millionen bringen. Die Bundeserbschaftssteuer hat man fallen lassen.

Trotz der Ablehnung der Lex Schultheß geht das Spiel mit der 52-Stundenwoche weiter. Es werden Bewilligungen erteilt auf Grund von falschen Angaben. Die sozialdemokratische Fraktion fordert den Bundesrat auf, der Willkür ein Ende zu machen und zum gesetzlichen Zustand zurückzukehren.

Den Nationalrat beschäftigen von neuem das Automobilgesetz und das Militärstrafrecht, die beide in den früheren Sessionen nicht zu Ende beraten worden sind. Bei der Revision des Militärstraf-

rechtes kommt zum Ausdruck, daß gewisse Herrschaften die Niederlage mit der Lex Häberlin noch nicht verwunden haben und ihr im Militärstrafrecht eine Auferstehung möchten zuteil werden lassen.

Die Staatsrechnung für das letzte Jahr weist einen Gesamtrückschlag von 43 Millionen auf. Die Zölle allein haben 16 Millionen mehr eingetragen, als budgetiert war. Die Schuldzinsen der Eidgenossenschaft vertilgen 42 % aller Einnahmen (1911: 7 %). (Feste Staatsschuld 2,200,505,000 Franken, schwebende Staatsschuld 103,878,000 Franken; zusammen $2\frac{1}{3}$ Milliarden.) Der durchschnittliche Selbstkostenzins für die Anleihen beträgt 5,58 %. Die totale Zinslast beträgt 113 Millionen.

Die sozialdemokratische Fraktion postuliert die Mitwirkung des Bundesrates zur Erhaltung und Sicherung des vorhandenen Bodenbesitzes der Gemeinden, der Kantone und des Bundes, welches Kollektiveigentum möglichst wenig verzettelt und nicht wieder in die Privatwirtschaft zurückgegeben (d. h. möglichst wenig veräußert) werden sollte.

Wieder liegt ein Bericht des Bundesrates über die Völkerbundssession vor. Über das sogenannte Benesch-Protokoll hat der Bundesrat gar nicht berichtet, überhaupt verzichtet er darauf, im Völkerbund irgendwie initiativ oder auch nur pazifistisch zu wirken. Durch seine Zurückhaltung dient er den reaktionären Bestrebungen.

Bei der Berichterstattung über den Geschäftsbericht setzen sich die Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion ein für das Asylrecht der in der Schweiz sich aufhaltenden italienischen Sozialisten. Der Mussolini-Enthusiast Motta hatte diesen besonders mit einem Hinweis auf ihr Organ, den „Avvenire del Lavoratore“, in einer Rede im Ständerat mit Maßregelungen und Ausweisungen gedroht, wogegen die in der Schweiz sich betätigenden Faschisten mit ihrem Organ, der „Squilla Italica“, sich keine besondere Zurückhaltung auferlegen in der Darstellung und Beurteilung der italienischen Politik.

Anlässlich der Schlusabstimmung über die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gibt die sozialdemokratische Fraktion folgende Erklärung ab:

„Vor der Schlusabstimmung über den Verfassungsartikel sei uns gestattet, für die sozialdemokratische Nationalratsfraktion eine kurze Erklärung abzugeben.

Zwischen dem gegenwärtigen Projekt und dem des Jahres 1919 besteht ein beträchtlicher Unterschied ausschließlich zum Nachteil der Versicherten einerseits und der Konsumenten anderseits. Dieser Rückschritt macht es begreiflich, daß wir gegenwärtig der Begeisterung für den vorliegenden Verfassungsartikel ermangeln.

Jedoch liegt uns daran, ohne Jögern dem Prinzip der Sozialversicherung zur Anerkennung zu verhelfen, wenigstens das Wenige, was man uns vorschlägt, endgültig sicherzustellen, das wir als ein sehr niedriges Minimum betrachten. Die Arbeiten für die Ausführung des Verfassungsartikels werden uns Gelegenheit bieten, in der Verteidigung unseres Programms fortzufahren.

Bevor wir unsere Stimme abgeben, halten wir darauf, die bestimmtesten Vorbehalte zu machen mit Bezug auf:

- a) die Prämien, von denen gesprochen wurde;
- b) die Renten, die angedeutet wurden, für die wir ziemlich abweichende Forderungen verfechten werden;
- c) bezüglich der Invalidenversicherung, die wir als dringend betrachten und für deren baldige Verwirklichung wir nicht aufhören werden, uns zu bemühen.

Wir machen ebenso kategorische Vorbehalte bezüglich der Interpretation, die im Ständerat von Vertretern des Bundesrates über die Verwendung des Ertrages aus der Alkoholbesteuerung gegeben worden und von einer seltenen Eindeutigkeit ist: „Der Anteil des Bundes an den Reineinnahmen aus einer künftigen fiskalischen Belastung gebrannter Wasser wird für die Alters- und Hinterbliebenenversicherung verwendet.“ Sollten Einnahmen vor der Verwirklichung der Versicherung eingehen, so dürfen sie ihrem verfassungsmäßigen Zwecke nicht entfremdet werden. Diese Interpretation ist der nationalrätlichen Kommission nie bekannt gegeben worden vor der ersten Abstimmung des Rates. Sie steht übrigens in formellem Widerspruch mit dem Text, der Ihnen vorliegt. Unsere Vorbehalte richten sich ebenso gegen die Beschaffung der notwendigen Finanzen. Das endgültige Projekt entspricht dem anfangs getroffenen Kompromiß nicht, einem Kompromiß, der die Belastung des Besitzes durch die Erbschaftssteuer vorsah.

Unser Programm, das höhere Renten und insbesondere die Verwirklichung der Invalidenversicherung vorsieht, kann durch die vorgesehenen Finanzquellen allein nicht verwirklicht werden, Finanzquellen, die ausschließlich die Konsumenten belaufen. Wir werden somit Gelegenheit erhalten, auf die Ausführung des Kompromisses von 1919 zurückzukommen und die direkte Belastung des Besitzes in der einen oder andern Form zu fordern.

Nach all diesen Reserven stimmen wir für das Projekt der Verfassungsrevision, das uns vorgeschlagen wird, um die Einführung des Prinzips der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in die Verfassung und deren Verwirklichung um keinen Tag zu verzögern.“

Mit 152 gegen 21 Stimmen wird die Vorlage angenommen. Dafür stimmen auch die beiden Kommunisten.

Der Nationalrat fällt wieder einmal vor dem Ständerat in die Knie und stimmt dem höheren Benzinzoll (20 Franken) zu, nachdem er in früheren Abstimmungen sich wiederholt für einen 15-Franken-Benzinzoll ausgesprochen hatte.

Der Nationalrat genehmigt gegen die Opposition der Sozialdemokraten einen außerordentlichen Kredit von 16,5 Millionen für leichte Maschinengewehre (Furrergewehr).

(Zur 26. Legislaturperiode gehörig, findet im Herbst noch eine letzte Session vor den Gesamterneuerungswahlen statt, über die hier aber noch nicht berichtet werden kann.)